

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/113-1.1/84

**II-2304** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Begünstigung von Präsenzdienern bei  
der Benützung öffentlicher Verkehrs-  
mittel;

Anfrage der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN  
und Genossen an den Bundesminister für  
Landesverteidigung, Nr. 1068/J

*10431AB***1985 -02- 1 1****zu 1068 1J**

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum  
Nationalrat Dr. FEURSTEIN, Dr. BLENK, TÜRTSCHER,  
Dr. Maria HOSP, Dr. ERMACORA und Genossen am  
13. Dezember 1984 an mich gerichteten Anfrage Nr.  
1068/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Das Bundesministerium für Landesverteidigung ver-  
folgt seit Jahren die Statistik der Verkehrsun-  
fälle, an denen Soldaten in ihrer dienstfreien  
Zeit beteiligt sind, mit großer Sorge. Die Be-  
mühungen des Ressorts waren daher schon in der  
Vergangenheit darauf gerichtet, die Präsenzdienner  
verstärkt zu einer Benützung der öffentlichen Ver-  
kehrsmittel zu animieren. Freifahrten bzw. Fahr-  
preisermäßigungen sollten die Attraktivität der  
öffentlichen Verkehrsmittel heben und die Sol-  
daten zum Verzicht auf die Benützung ihrer pri-  
vaten Kraftfahrzeuge bewegen.

Die Erfahrungen haben allerdings gezeigt, daß die  
angebotenen Vergünstigungen bei der Benützung  
öffentlicher Verkehrsmittel nicht im erwarteten  
Umfang in Anspruch genommen werden. So ziehen  
Soldaten, die über ein privates Kraftfahrzeug  
verfügen, dieses der Benützung eines öffentlichen

- 2 -

Verkehrsmittels doch in vielen Fällen vor; es scheint nämlich, daß die grundsätzliche Einstellung der Soldaten zum Kraftfahrzeug sich von jener der übrigen Bevölkerung nicht wesentlich unterscheidet und trotz jahrelanger Bemühungen nicht ohne weiteres veränderbar ist. Aber selbst in jenen Fällen, in denen die Bereitschaft zum Verzicht auf das eigene Kraftfahrzeug vorhanden wäre, gibt es eine Reihe von Strecken, die von öffentlichen Verkehrsmitteln entweder nicht oder aber zu anderen Zeiten befahren werden, als sie seitens der Soldaten frequentiert werden wollten; d.h. Öffentliche Verkehrsmittel werden häufig auch deshalb nicht in Anspruch genommen, weil die Fahrpläne eine maximale Ausnützung der dienstfreien Zeit nicht zulassen.

Wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, sind keineswegs immer nur Kostengründe dafür maßgeblich, daß die öffentlichen Verkehrsmittel von den Soldaten nicht im gewünschten Ausmaß benützt werden. Dessen ungeachtet wird aber das Bundesministerium für Landesverteidigung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten weiterhin bemüht sein, zusätzliche Vergünstigungen bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel für Präsenzdiener zu erwirken. In diesem Sinne habe ich vor einigen Monaten ein Schreiben an den Herrn Bundesminister für Verkehr sowie an die Bürgermeister einer Reihe von Städten mit eigenen Verkehrsbetrieben gerichtet.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel nicht die einzige Möglichkeit darstellen kann, um die Verkehrsunfallzahlen zu senken, wurde in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ein sog. "Verkehrssicherheitsprogramm (VSP)" ausgearbeitet.

- 3 -

Dieses Verkehrssicherheitsprogramm bezweckt, durch eine Reihe gezielter Maßnahmen die Zahl der Unfälle bei Fahrten der Soldaten in der dienstfreien Zeit zu senken und die Unfallsfolgen zu mindern. Es enthält darüber hinaus eine Reihe von Anleitungen, um die Kommandanten aller Ebenen in Ausübung ihrer Fürsorgepflicht zu unterstützen. Hinsichtlich der Einzelheiten des gegenständlichen Verkehrssicherheitsprogrammes verweise ich auf die nachstehenden Ausführungen.

Zu 1:

Die generellen Vorstellungen des Ressorts, um die Verkehrssicherheit bei Privatfahrten zu heben und damit die Unfallgefahr bei Fahrten zwischen Wohnort und Kasernenstandort zu reduzieren, sind in dem oben erwähnten Verkehrssicherheitsprogramm zusammengefaßt. Die Umsetzung dieses Programmes in die Praxis erfolgt im Rahmen der Ausbildung durch eigene "VSP-Trainer"; ihre Aufgabe ist es insbesondere, den Soldaten zu Beginn des Grundwehrdienstes in fünf Doppelstunden ihre besondere Gefährdung sowie ihre Mitverantwortung für die Verkehrssicherheit bewußt zu machen und gegebenenfalls eine Einstellungsänderung herbeizuführen.

Im einzelnen kommt es hiebei vor allem darauf an,

- nicht Alibi-Aktionen ("Berieselung" in Unterrichten) zu setzen, sondern durch Anwendung drastischer, die Aufmerksamkeit erregender Methoden das angestrebte Ziel zu erreichen (zB Plakate, Merksprüche, Aufstellung von Wracks);
- die Aktionen zum günstigsten Zeitpunkt (zB vor Wochenenden, nach Bekanntwerden eines Unfalls), mit der notwendigen Eindringlichkeit und über einen längeren Zeitraum hinweg konsequent durchzuführen;

- 4 -

- die Benützung Öffentlicher Verkehrsmittel durch geeignete Maßnahmen (zB Aushang aller Fahrpreiser-mäßigungen und Fahrpläne; Zubringerfahrten zum/vom Bahnhof, falls entfernungsmäßig erforderlich) zu fördern;
- die absolute Identifikation der Kommandanten mit der Zielsetzung des VSP zu bewirken, wobei erreicht werden muß, daß sich das gesamte Kader auch in der Frage des Verkehrsverhaltens seiner Vorbildfunktion bewußt ist.

Als Hilfsmittel stehen der Truppe verschiedene Ausbildungs-behelfe, wie VSP-Mappen und VSP-Ausbildungsfilme zur Verfügung.

Zu 2:

Bisher konnten folgende Fahrtkostenvergütungen für Präsenzdienster erwirkt werden:

- zwei Freifahrten pro Monat zwischen Wohnort und militärischer Dienststelle;
- Freifahrt zwischen Wohnort und militärischer Dienst-stelle anlässlich einer Dienstfreistellung;
- Fahrpreiser-mäßigungen bei ÖBB einschl. KWD, Post, div. innerstädtischen Verkehrsmitteln.

Ich verweise ferner auf die zur Frage 1 bereits er-wähnten Maßnahmen zur Förderung der Benützung öffent-licher Verkehrsmittel im Rahmen des VSP. Schließlich darf ich noch erwähnen, daß eine aus VSP-Trainern und Soldatenvertretern zusammengesetzte Interessen-gruppe eine vom Bundesministerium für Landesverteidi-gung genehmigte Unterschriftenaktion zur Einführung des "Nulltarifes" auf öffentl. Verkehrsmitteln für Grundwehrdiener eingeleitet hat.

Zu 3:

Da die Zahl der in der Anfrage erwähnten "Freifahr-scheine" nicht im Wege bloßer Administrativmaßnahmen erhöht werden kann, sondern als gesetzlicher Anspruch der Präsenzdienster auf Fahrtkostenvergütung im Heeres-gebührengesetz taxativ geregelt ist, hängt eine Er-

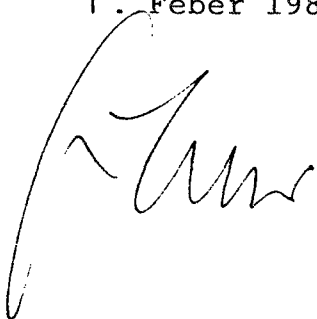
- 5 -

weiterung dieser Begünstigungen nicht von der Bereitschaft des Bundesministers für Landesverteidigung allein ab. Ich darf im übrigen daran erinnern, daß die diesbezügliche Bestimmung im Laufe der Zeit stufenweise im Interesse der Präsenzdienster verbessert wurde und weitere Anspruchsverbesserungen nach der jüngsten Novellierung dieses Bundesgesetzes (BGBl.Nr. 458/1984) daher in allernächster Zeit nicht zu erwarten sind.

Zu 4 bis 6:

Im Sinne meiner bisherigen Ausführungen stehe ich dem Wunsch nach Einführung des sog. "Nulltarifes" für Präsenzdienster in Uniform zwar grundsätzlich positiv gegenüber, muß aber zu bedenken geben, daß gegen diese schon unter meinem Amtsvorgänger erhobene Forderung bisher immer wieder gravierende Einwände geltend gemacht wurden. Diese Einwände gründeten sich vor allem auf Befürchtungen wegen der damit verbundenen Gleichbehandlungsproblematik in bezug auf andere Bevölkerungsgruppen; nicht zuletzt wurden aber stets auch staatsfinanzielle Bedenken gegen eine derartige Maßnahme geäußert. Dessen ungeachtet werde ich die vorliegende Anfrage zum Anlaß für neuerliche diesbezügliche Kontakte, insbesondere mit den Bundesministern für Verkehr und für Finanzen, nehmen.

7. Feber 1985

A handwritten signature in dark ink, appearing to be a stylized 'F' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.